

Südtirol Wirtschaft

## Breite Gräben zwischen Land und Gewerkschaften



„Breite Gräben“, mit diesem plakativen Begriff umschreibt der Direktor des Arbeitsförderungsinstitutes AFI, Stefan Perini, die derzeitigen ins Stocken geratenen Verhandlungen zur Ausverhandlung des neuen Kollektivvertrages für öffentliche Bedienstete. Die Vorstellungen zwischen der öffentlichen Delegation und den Gewerkschaften gehen noch weit auseinander. Das AFI hat die Vorschläge analysiert und ein Fallbeispiel gerechnet.

AFI-Direktor Stefan Perini schickt das Ergebnis seiner Bewertung voraus. Er umschreibt die Situation selbst in drei Punkten:

• **Wirtschaftlicher Aufschwung Südtirols ohne Folgen für Arbeitnehmer**

Dass der wirtschaftliche Aufschwung im letzten Jahrzehnt an Südtirols Arbeitnehmern vorbeigegangen ist, dürfte inzwischen hinreichend bekannt sein. In besonderem Maß gilt das für die öffentlich Bediensteten in Südtirol.

• **Öffentliche Delegation folgt nicht den Richtlinien der Landesregierung**

Der aktuelle Vorschlag der öffentlichen Delegation ist nicht konform mit den Richtlinien der Landesregierung.

• **Die öffentliche Delegation handelt gegen das Urteil des Verfassungsgerichtes**

Das Urteil des Verfassungsgerichts 178/2015 sagt eigentlich das Gegenteil davon, was die öffentliche Delegation vorgibt. Es sagt nämlich, dass ein Lohnstopp eine zeitweilige Maßnahme sein kann, aber nicht unbegrenzt gelten darf. Konkret fordert das Verfassungsgericht vom Staat ein, die Kollektivverhandlungen im öffentlichen Dienst wiederaufzunehmen. Weiter noch, dass die finanzielle Schieflage des öffentlichen Haushalts nicht auf nur eine gesellschaftliche Kategorie – die der öffentlichen Bediensteten – lasten darf.

Mit anderen Worten: Die öffentliche Delegation, welche als Gesprächspartner der Arbeitgeberseite eingesetzt ist, handelt gegen die Vorgaben der Landesregierung und sie verstößt gegen Verfassungsrecht. Obendrein ignoriert die Delegation den Gehaltsrückstand der öffentlichen Bediensteten im Vergleich zum wirtschaftlichen Aufschwung des Landes. Nüchtern betrachtet, folglich, ein Totalversagen, welches die öffentlichen Verhandler der Arbeitgeberseite hier an den Tag legen. Dabei würden aber auch die Gewerkschaften einiges außer Acht lassen. Denn, so Stefan Perini, „objektiv betrachtet spielt das Urteil des Verfassungsgerichtes den Gewerkschaften sogar in die Hände.“

Wie bekannt gingen die kollektivvertraglichen Verhandlungen im öffentlichen Dienst am Montag dieser Woche in die fünfte Runde. Auf dem Tisch lagen ein Vorschlag der öffentlichen Delegation und ein konkretes Forderungspapier der Gewerkschaften. Wie der AFI-Direktor mitteilt, geben die Richtlinien der Landesregierung geben vor, dass in der Festlegung der Entlohnungen der Schutz der Kaufkraft der Gehälter, unter Berücksichtigung der allgemeinen Entwicklung der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes sowie der grundlegenden Bestimmungen der wirtschaftlich-sozialen Reformen zu berücksichtigen sind.

Perini nennt hierzu die Zahlen: „Zwischen 2010 und 2018 ist das Bruttoinlandsprodukt in Südtirol real um +10,0 Prozent gestiegen, die Zahl der Erwerbstätigen um +7,9 Prozent und die Lebenshaltungskosten um +16,0 Prozent. Der Grundlohn eines öffentlich Bediensteten ist im selben Zeitraum, abhängig von der Funktionsebene, nominell zwischen +5,6 Prozent und +2,9 Prozent gestiegen, was real einer Abnahme von -10,4 Prozent bis -13,1 Prozent entspricht“, so Perini.

Südtirol: Entwicklung 2010-2018	
Kennzahl	Veränderung (%)
BIP (real)	+10,0
Erwerbstätige	+7,9
Lebenshaltungskosten	+16,0
Grundlohn eines öffentlich Bediensteten (nominell)	min. +2,9 / max. +5,6
Grundlohn eines öffentlich Bediensteten (real)	min. -13,1 / max. -10,4
Quelle: Berechnungen AFI auf Grundlage von ASTAT-Daten	© AFI 2019



Und der Direktor des Arbeitsförderungsinstitutes vergleicht die Forderungen:

#### Der Vorschlag der öffentlichen Delegation

Die öffentliche Delegation geht von den geltenden Lohntabellen (Stand Mai 2017) aus. Vorgeschlagen werden folgende Lohnerhöhungen: +1,5 Prozent für 2019, +1,6 Prozent für 2020 und +1,7 Prozent für 2021. Es handelt sich hier um die geschätzten Inflationsraten für Südtirol für die entsprechenden Jahre. Darüber hinaus: höhere Einstiegsgehälter, Aufstockung des Leistungsfonds, Neuregelung der Koordinierungszulagen, Gewährung einer Zulage bei Besitz eines höheren Zweisprachigkeitsnachweises als von der jeweiligen Funktionsebene vorgesehen, Anhebung von "fringe benefits" wie z.B. Essensgutscheine auf 7 Euro.

#### Die Forderungen der Gewerkschaften

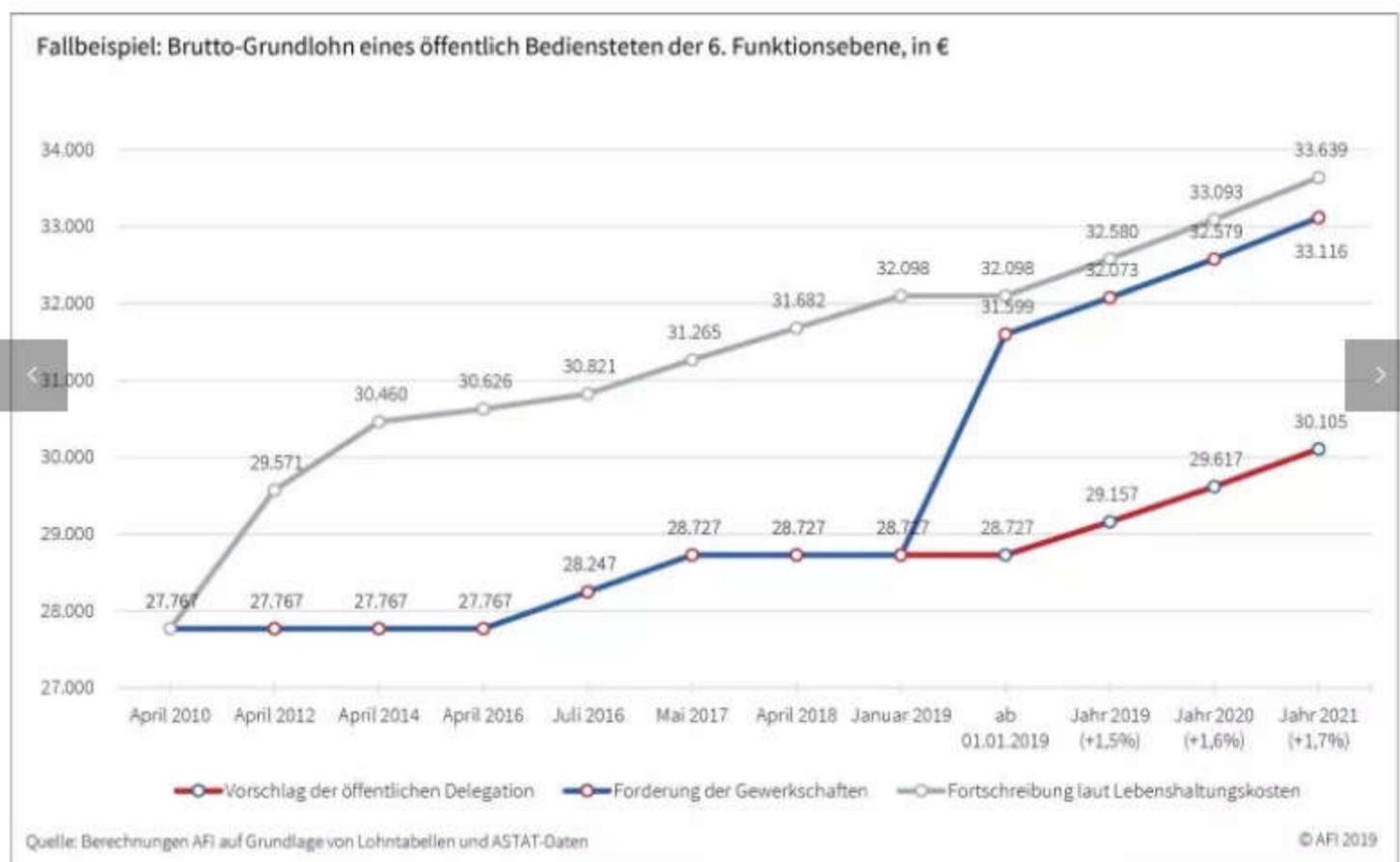
Die Gewerkschaften fordern mit Verweis auf die Richtlinien der Landesregierung einen flächendeckenden, einmaligen Lohnsprung von 10% auf die geltenden Lohntabellen. Unter dieser Bedingung akzeptieren sie den Vorschlag der öffentlichen Delegation betreffend die Gehaltsentwicklung für den Zeitraum 2019-2021 (2019: +1,5%, 2020: +1,6%, 2021: +1,7%). Allfällige Abweichungen zwischen programmierter und effektiv gemessener Inflation sind allerdings noch vor Ablauf des Vertragszeitraumes auszugleichen.

Wie der AFI-Direktor mitteilt, hat das Institut auch nachgerechnet, was die verschiedenen Vorschläge konkret für einen öffentlich Bediensteten der 6. Funktionsebene bedeuten würden. Hierzu hat man an einen konkreten Fall nachgerechnet und analysiert.

#### Das Fallbeispiel

Die im April 2010 definierten Lohntabellen (Jahres-Bruttolohn) wurden am 1. Juli 2016 ein erstes Mal um 480 Euro brutto angehoben, ab 1. Mai 2017 ein weiteres Mal, immer um 480 Euro brutto. Dem Vorschlag der öffentlichen Delegation entsprechend würde ein öffentlich Bediensteter im Jahr 2021 auf einen Jahres-Grundgehalt von 30.105,39 Euro kommen. Würde der Grundlohn den Südtiroler Lebenshaltungskosten folgen, müsste er im Jahr 2021 bei 33.638,81 Euro liegen. Geht die gewerkschaftliche Forderung durch, kommt der öffentlich Bedienstete auf 33.115,93 Euro.

Das abschließende Fazit welches das Arbeitsförderungsinstitut macht: "Zwischen den Vorstellungen der beiden Seiten liegen rund 3.000 Euro brutto", erklärt AFI-Direktor Stefan Perini.



<https://www.voxnews.online/lohnverhandlungen-breite-graben-zwischen-land-und-gewerkschaften/>